



500 Euro mehr für alle Baubeschäftigten



Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU, Foto: IG BAU, Tobias Seifert

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt stellt Tarifforderung auf. / Stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen.

500 Euro pro Monat mehr, das fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) für die rund 930 000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages soll zwölf Monate betragen. Das hat die Bundestarifkommission jetzt einstimmig verabschiedet. "Ganz bewusst fordern wir einen Festbetrag, denn es ist uns wichtig, dass vor allem die Beschäftigten der unteren Lohngruppen deutlich mehr Geld im Portemonnaie haben", sagt Carsten Burckhardt, im IG BAU Vorstand zuständig für das Bauhauptgewerbe. "Das alltägliche Leben ist in den vergangenen zwei Jahren immens teurer geworden, Anstieg der Lebensmittelpreise, höhere Mieten, mehr Energiekosten und anderes mehr sind zu verkräften." Burckhardt erklärt dazu, dass rund zwei Drittel der Baubeschäftigten in den unteren Lohngruppen zu finden sind. Bis zu maximal 18 Euro pro Stunde sind dort die Verdienste derzeit. "Die Schere zu den oberen Lohngruppen öffnet sich immer mehr, wir brauchen dringend wieder eine Annäherung der Löhne und Gehälter. Auch darum müssen wir auf die schauen, die ohnehin schon wenig haben."

Der letzte Tarifabschluss im Bauhauptgewerbe war im Jahr 2021. Zwischenzeitlich ist die Inflationsrate laut Statistischem Bundesamt in Deutschland auf 7,9 Prozent (2022) und 5,9 Prozent (2023) gestiegen, im Oktober 2022 lag der Index gar bei 10,4 Prozent. Ursachen für die starken Erhöhungen sind die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, der neu entbrannte Nahost-Konflikt und anderes mehr. "Allein diese Zahlen zeigen, dass unsere Beschäftigten am Monatsende deutlich mehr auf dem Konto haben müssen", sagt Burckhardt.

Der Gewerkschafter macht erneut darauf aufmerksam, dass es auch im Interesse der Arbeitgeber*innen sein müsste, die Branche – auch mit höheren Einkommen – attraktiv zu halten. "Der Fach- und Arbeitskräftemangel wird doch allenthalben reklamiert, jetzt kann man konkret etwas dagegen tun", sagt Burckhardt. Und er warnt vor dem "Gastro-Effekt". In der Gastronomie sind in der Hochzeit der Pandemie viele Beschäftigte aus der Branche abgewandert – und nicht wiedergekommen, weil sie attraktivere Jobs gefunden haben. "Das darf auf keinen Fall passieren, denn Arbeit gibt es genug: Es müssen Wohnungen gebaut, Straßen und Brücken saniert und Schienen erneuert werden. Das ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe."

Der derzeitige Tarifvertrag läuft am 31. März 2024 aus, der erste Verhandlungstermin mit den Arbeitgebern ist am 22. Februar 2024.